

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisstraße 33.
Spezialdruck der Redaction:
Bormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonntagen und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Adressen für Zus. Aufnahme:
Otto Herms, Universitätsstr. 22,
Rauhe Köpfe, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kaufpreis 15,25 Mk.

Abonnementspreis viertel. 47,50 Mk.,
incl. Postgebühren 6 Mk.,
durch die Post bezogen 4 Mk.
Jede einzelne Nummer 15 Pf.
Belagerepialar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 10 Pf.
mit Postbeförderung 15 Pf.
Inserate 5 gesp. Zeilen 20 Pf.
Schwere Schriften laut anderer
Preisverzeichnisse — Tabellarisch
nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionszeichen
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

№ 60.

Freitag den 1. März 1878.

72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder des Raths und der Stadtverordneten werden zu einer
Wittmoth, den 6. März d. J., Abends 6 Uhr
im Saale der 1. Bürgerschule abzuhaltenen öffentlichen Sitzung eingeladen.

Zweck der Sitzung ist:

- 1) Wahl eines Rithales und stellvertretenden Mitglieds der Pferdemusterungs-Commission.
- 2) Berathung des südwestlichen Bebauungsplanes.

Leipzig, den 27. Februar 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi, Rathssecretär.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Das neue Schuljahr beginnt in der höhern Abtheilung, deren Reifezeugnisse zum einjährigen
Freiwilligsdienste berechtigen, am 26. April. Anmeldungen für dieselbe erbittet sich der Unterzeich-
nete in den Wochentagen von 10 bis 12 1/2 Uhr und Prospekte sind im Schulgebäude zu haben.

Dr. Odermann, Director.

Katholische Schule zu Leipzig.

Nächste Otern sind alle diejenigen Kinder, welche den 31. März d. J. das sechste Lebensjahr erfüllen,
der Schule zu besuchen; auch werden auf Wunsch der Eltern u. die Kinder aufgenommen, die das sechste
Lebensjahr den 30. Juni d. J. vollenden.
Die Anmeldung der betreffenden Kinder ist vom 4. bis 9. März d. J., Bormittags von 10—12 Uhr, in
der Expedition des Unterzeichneten unter Vorlegung des Geburts- oder Taufzeugnisses und des Taufscheines
zu bewirken.
Leipzig, den 19. Februar 1878.

J. Köhmann, Schuldirector.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen angezeigten Pfandscheine
Lit. H. Nr. 92540, 92545, 93417, Lit. J. Nr. 41052, 53618, 53907, 55302, 71499, 77729, Lit. K. Nr. 11608,
26191, 26490, 30015, 34322, 38280, 40626, 41143, 42824 werden hierdurch aufgefordert, sich damit unvor-
züglich und längstens bis zum Ablauf von 30 Tagen nach der auf jedem Scheine bemerzten Verfallszeit bei
unterzeichnetem Anwalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen, oder dieselben gegen Verbahnung zurück-
zugeben, widrigenfalls der Verfall gemäß den Anzeigen die Pfänder ausgeliefert und die In-
haber der Scheine ihrer etwaigen Ansprüche daraus verlustig zu werden.
Leipzig, den 27. Februar 1878.

Die Verwaltung des Verfallenen und der Sparcasse.

Leipzig, 28. Februar.

Heute ist es gerade sieben Jahre her, daß die
Friedenspräliminarien, welche dem deutsch-französi-
schen Kriege ein Ende machten, der französischen
Nationalversammlung vorgelegt wurden. Schon
am folgenden Tage wurden sie angenommen und
am darauf folgenden Tage vom Kaiser Wilhelm
ratificirt. Wie ganz anders sieht es mit den
russisch-türkischen Friedenspräliminaria-
rien aus! Das ist ein Gezerre und Gesehlepe,
das Einem übel dabei werden möchte, obgleich es
sich um das schöne Gut des Friedens handelt.
Die Unterzeichnung sollte schon vor einigen Tagen
stattfinden, dann wieder gestern, heute, und bis zu
diesem Augenblicke liegt noch keine Nachricht darüber
vor, ob sie endlich erfolgt ist. Es ist ja freilich nicht
an der Unterzeichnung zu zweifeln; aber die Verzö-
gerung hat doch etwas Beunruhigendes, und gerade
bei Friedensschlüsseln ist selbst das „Zäpfchen auf dem
P“ von Bedeutung, denn „was man schwarz auf
weiß sieht, kann man getrost noch Hause tragen“.
Die Verzögerung soll daher rühren, daß die Russen
dabei bleiben, in Konstantinopel einzubringen zu wollen
und einen Theil der türkischen Panzerflotte aus-
geliefert zu erhalten. Wacht die Pforte auch noch
diese Zugeständnisse, so kann sie dann in der That
zu Russland sagen wie Gretchen zu Faust: „Ich
habe schon so viel für Dich getan, daß mir zu
thun fast Nichts mehr übrig bleibt“. Weniger
glatt und widerpruchlos dürften die Verhand-
lungen mit den anderen Mächten vor sich gehen,
deren Zustimmung für Russland, wenn es den
„Frieden von Konstantinopel“ zu einem dauernden
machen will, weit werthvoller ist als die
der Pforte. Da die Friedenspräliminarien
noch nicht in authentischer Fassung vorliegen,
so läßt sich auch noch nicht beurtheilen, ob die-
selben eine Grundlage darbieten, auf der sich ein
Ausgleich zwischen den russischen Absichten und den
österreichisch-englischen Interessen hoffen läßt. Als
günstige Symptome verzeichnen wir, daß von
Petersburg aus officiell betont wird, der Lösung
der Darstellungenfrage solle nicht vorgegriffen, die-
selbe vielmehr der Entscheidung Europas unter-
breitet werden; ferner, daß eine beträchtliche Ver-
größerung Serbiens nach der bosnischen Seite,
also in einer Oesterreich bedrohenden Richtung,
nicht im Plane Russlands liegt, sowie daß dieselbe
an eine Vertreibung der Türken aus Bulgarien —
wie sie neulich im englischen Parlament an
die Wand gemalt wurde — nicht denkt. Ueber
die bulgarische Frage selbst aber, über die
Absichten Russlands in Betreff der Ausdehnung
des neuen Fürstenthums, seiner Beaufsichtigung und
militärischen Besetzung verlaute noch nichts Klars
und Beruhigendes; auch über die byzantinische Frage
ist man ausfallend still in Petersburg, und hierzu
kommt nun noch die türkische Flottenfrage, die für
England von sehr großem Interesse ist. Letzteres
läßt sich nicht sagen, so seinen Forderungen aus der
Konferenz Nachdruck zu geben. Wann und wo
diese Zusammenkunft wird, darüber schweben jetzt
vielleicht Verhandlungen unter den Cabineten, aus
denen aber kein Ton in die Oeffentlichkeit dringt.
Baden-Baden rüstet sich zwar bereits zum Empfange
der Konferenz und was es heißt, soll das groß-
herzogliche Schloss zum Ort der Beratungen
bestimmt sein. Auch spricht man dort von einer
Vermehrung der Telegraphenbrüche, da jeder Ge-
sandte einen besonderen Draht direct in seine
Haupthabst für sich haben soll. Doch ist noch Nichts
davon bekannt, daß an die badiische Regierung eine
Anfrage wegen ihrer Zustimmung zur Wahl Badens
als Congressort gelangt wäre.

Ueber die Stellung, welche die national-
liberale Partei zur Krisis im Reiche einge-
nommen und weiter einzunehmen gedenkt, schreibt
die „Nationall. Corr.“: Die überaus unklare
Lage, welche die Steuerdebatte hinterlassen hat, ist
selbstverständlich der richtige Boden für ein ganzes
Heer von Gerüchten. Wir unserselbst fühlen
keinen Verur, dieselben einzeln auf ihren tatsäch-
lichen Gehalt zu prüfen. Nicht überflüssig aber
scheint uns, Alles, was über angebliche Pläne der
Nationalliberalen betrefft einer veränderten Hal-

tung verlaute, in das Reich der Fabel zu ver-
weisen. Hätte die nationalliberale Partei sich
wirklich auf einen so niedrigen Standpunkt gestellt,
wie ihn eine gewisse Sensationspresse in der Be-
urtheilung der Vorgänge der letzten Monate ein-
nahm, so möchte sie allerdings aus den Verhandlungen
der vorigen Woche mit einer sozusagen persönlichen
Verstimmung hervorgegangen sein. Allein sie be-
klagt nicht die angeblichen Herrschaftsträume, welche
ihre zerstört sein sollen, sondern die öffentlichen
Zustände, wie sie bei dieser Gelegenheit aus Nicht
getreten; und wir denken, den Schmerz über die
Wunde werden alle wahren Vaterlandfreunde
theilen. Die nationalliberale Partei hat also
keinerlei Veranlassung, sich fortan auf eine Poli-
tik weder der „Rache“, wie man hier und da gesagt
hat, noch auch nur des Schwärmens zu verlegen.
Sie hat mit Bedauern erklärt, daß sie unter den
obwaltenden Umständen ihre Hand zu irgend welchen
Engagements nicht zu bieten vermöge, und ist damit,
bis auf Weiteres einfach in ihre bisherige Stellung
einer vollständig unabhängigen Partei zurückgetreten.
In dieser Stellung wird sie, wie stets, so auch in
Zukunft die Regierung unterstützen, soweit sie es
im Interesse des öffentlichen Wohles für zweck-
mäßig hält, und ihr entgegengetreten, wo sie diese
Ueberzeugung nicht zu gewinnen vermag. Daß
ihre Kritik, was auch kommen möge, stets von
voller Unbefangenheit und Sachlichkeit getragen
sein wird, dafür haben die letzten Tage bereits zur
Genüge den Beweis gebracht. Wenn in der „Frank-
furter Zeitung“ den Nationalliberalen die Absicht
zugeworfen wird, im preussischen Landtage die
Regierung zu bekämpfen, so ist das eine ganz aus
der Luft gegriffene Behauptung; denn 1) sind
selbstverständlich über die im Landtage zu beobach-
tende Haltung bisher Erwägungen noch gar nicht
möglich gewesen, und 2) ist schlechterdings kein
Grund einzusehen, weshalb im Landtage die Linie
der rein objectiven Kritik verlassen werden sollte.

Mit Genugthuung constatiren wir, daß in dem
bei Weitem größten Theile der Presse die Correct-
heit der Handlungsweise der nationalliberalen
Fraktion lokal anerkannt worden ist. Die wohl-
fehlen Spötteleien einzelner ultramontaner und
socialdemokratischer Blätter fallen nicht in die Waags-
schale. Dagegen verdienen die Bemerkungen der
„Norddeutschen Allgem. Zeitung“ eine stichhaltige
Verleugnung. Das freiwillig gouvemenal-deutsch-
conservative Blatt spricht von dem Scheitern der
„Combination eines Eintretens nationalliberaler
Abgeordneter in die Regierung“, und sagt hinzu:
„Man wird aus diesem Ausgange zunächst den
Schluß zu ziehen haben, daß die betreffenden Ber-
athungen niemals so weit gediehen sein können,
wie man sich den Schein gegeben hat, und daß auf
nationalliberaler Seite jedenfalls über die Vor-
bedingungen der betreffenden Combination ein
schwerer Irrthum geherrscht haben muß.“ Dar-
auf ist zu erwidern, daß sich auf national-
liberaler Seite kein Mensch von irgendwie maß-
gebender Bedeutung einen „Schein“ gegeben hat,
wie hier unterstellt wird, und was das Weitere
betrifft, so wäre erst noch zu untersuchen, ob der
schwere Irrthum über die Bedingungen der be-
treffenden Combination nicht auf anderer Seite
lag. An alle Fälle ist aber der Wahrheit gemäß
zu constatiren, daß der Rücktritt von der „Combina-
tion“ zuerst von nationalliberaler Seite erfolgt ist.
Die sonstigen Bemerkungen des Blattes, die Thatsachen
— sagen wir zu corrigiren, bedürfen angesichts der
erst eben vorgegangenen Ereignisse gar nicht der
Widerlegung. Nur ihrer wunderbaren Naivität wegen
sei die Forderung erwähnt, der Reichstag hätte
sofort eine positive Erklärung über das Tabak-
monopol abgeben sollen. Was die Regierung,
wenn der Reichstag die Tabaksteuer vorlage ablehnte,
billiger Weise von demselben erwarten konnte,
war eine Erklärung, ob er die Besteuerung des
Tabaks überhaupt als wesentliches Mittel zur
Bemehrung der eigenen Einnahmen des Reiches
betrachte oder nicht. Diese Erklärung ist von der
großen Mehrheit des Hauses mit wünschenswerther
Deutlichkeit in bejahendem Sinne abgegeben worden,
und namentlich hat die nationalliberale Partei in
diesem Punkte durchaus nicht die ihr vorgeworfene
Zersplitterung gezeigt. Aber durch einen Act der

Ueberrumpelung von einer Volksvertretung ein Datum
über ein so kolossales Unternehmen wie die Ein-
führung des Tabakmonopols zu fordern, ohne daß
die Regierung über die Modalitäten desselben nähere
Auskunft zu geben im Stande, ja ohne daß sie
selbst über seine Durchführbarkeit außer Zweifel
gewesen wäre — es wäre wahrlich mehr als über-
flüssig, eine politische Partei wegen Ablehnung einer
solchen Zumuthung rechtfertigen zu wollen. Wir
begrüßen, daß die „N. A. Z.“ keine Gelegenheit
vorübergehen läßt, die nationalliberale Partei vor
den Augen des Volkes ins Unrecht zu setzen. Sie
wird es aber zum Mindesten sehr viel geschickter
ansuchen müssen.
Zur Geschichte der Krisis schreibt man der
„Allg. Ztg.“: Der Anfang der Besprechungen
reicht in den vorigen Herbst hinauf und ließ damals,
aber nur in vorübergehender Weise, Gerüchte ent-
stehen, die mit dem Ministerium des Innern in
Bezug zusammenhängen. Dann bewegte sich die
Frage um die Bildung einer festen Mehrheit, deren
Erforderlich die Geschlossenheit der Partei und
die Aufstellung des mehrfach erwähnten Partei-
programms hervorbrachten. Die erste hatte
zur Folge, daß der Eintritt eines einzelnen Partei-
führers nicht wohl zu erwarten war. Das Pro-
gramm ließ in seinen Grundzügen bei den Bar-
ziner Besprechungen allem Anschein nach auf seinen
grundlegenden Widerstand, führte aber auch, wie sich
bald herausstellte, zu keinen festen Verbindungen.
Die Sache blieb in der Schwebe. In der Zwischen-
zeit fand, wie aus bestimmten Anzeichen zu schließen,
eine Verhandlung zwischen dem Reichszangler und
dem Finanzminister statt, die während der Reichs-
tagssitzungen gegen Ende voriger Woche nach Er-
klärung eines Mißverständnisses auch äußerlich sich
lautgab und nunmehr der veränderten Lage ihre
Signatur verlieh. Die Wendung knüpfte aber vor-
nehmlich an den Umstand an, daß das Gelingen
der Combination die Durchführung des national-
liberalen Programms besondert auch wegen einer
Erweiterung des Steuerbewilligungsrechts in
Preußen voraussetzt. Sonst wäre die Bildung
einer festen Mehrheit, welche den Ausgangspunkt
der Besprechungen bildete, unmöglich gewesen. So
mußte die Angelegenheit vertagt werden. Die Ab-
kehrung der Steuervorlagen steht insofern nach
wie vor außer Frage.

Die „Befr.-Ztg.“ warnt in einem zweiten
scharfen Artikel den Reichstag, und insbesondere die
nationalliberale Partei, zur Einführung des Ta-
bakmonopols die Hand zu bieten. Sie sürchtet,
daß im Reichstage Beschlüsse hinsichtlich des Mono-
pols gefaßt werden könnten, bevor die Prüfung,
was die Folgen sein würden, in hinreichend gründ-
licher Weise stattgefunden habe. Die Berechtigung
zu dieser Beschränkung schließt sie daraus, daß aus
den Äußerungen der meisten Redner des Reichs-
tages eine Arglosigkeit hervorgelände, die ver-
kalte, daß sie keine Abnung haben, daß die Ein-
führung des Monopols überhaupt unerschiebliche
Nachtheile für große Wirtschaftszweige haben
könne. „Der Tabakbau findet alle Berücksichtigung;
in den einflußreichen Kreisen aus Süddeutschland
hat er so bereite Vertreter, daß es als eine selbst-
verständliche Bedingung für alle Steuerprojecte
gilt, daß dieselben dem Tabakbau nicht Schaden
dürfen; dem Monopol gilt es als Empfehlung,
daß es den Tabakbau fördern soll. Hinsichtlich der
Cigarettenfabrikation giebt man zu, daß die In-
haber von Fabriken in mehr oder minder unfaßen-
der Weise bei Einführung des Monopols zu ent-
schädigen sein würden. Das es aber einen ausge-
dehnten, blühenden Tabakhandel in Deutschland
gibt, der durch das Monopol vernichtet werden würde,
daß dieser Handel ziffermäßig nachweisbar weit be-
trächtlichere Interessen darstellt, als der gesammte
Tabakbau, daß mit dem Tabakhandel die aus-
wärtigen Handelsbeziehungen Deutschlands auf das
Engste verknüpft sind, und auf das Empfindlichste
durch die Unterdrückung desselben beeinträchtigt
werden würden, daß es eine Verhinderung an der
deutschen Volkswirtschaft sein würde, einen der
wenigen großartigen Erwerbszweige zu zerstören,
worin Deutschland im Weltverkehr ein Ueber-
gewicht erlangt hat, in der jetzigen Zeit der Er-

werbslosigkeit und bei der Schwierigkeit für das
deutsche Volk, in dieser Hinsicht mit den von der Natur
mehr begünstigten Nachbarvölkern zu concurriren;
daß endlich eine Unterdrückung des Tabakhandels
gleichbedeutend wäre mit der Unterdrückung einer
von den zwei Städten, welche die Theilnahme
Deutschlands am Welthandel vermitteln, daß alles
Dieses dem Reichstage nicht unbekannt und gegenüber
der Annehmlichkeit, eine frisch sprudelnde Steuer-
quelle zu besitzen, auch mit in Betracht gezogen
sei, das ist aus den Verhandlungen nicht zu ent-
nehmen. Nun, dieser ignorirte großartige Handel
existirt, er wird durch Bremen vertreten, und
Bremen verlangt, daß ehe der Reichstag denselben
durch eine Erklärung für das Monopol aus der
Welt decretirt, die Existenz dieses Handels con-
statirt, seine Bedeutung gewürdigt und festgestellt
werde, welche Entschädigung denjenigen gewährt
werden soll, die das Reich zu Gunsten des Fiscus
aus ihrem Gewerbe expropriirt. Es wird sich dann
herausstellen, daß schon diese Entschädigungsgenoth-
wendigkeit ein so gut wie unübersteigliches Hinderniß
gegen die Einführung des Monopols bildet; daß
die Idee, der Staat brauche, um seinen Finanzen
in bequemer Weise aufzuhelfen, sich ja nur in
den Besitz eines einträglichen, bisher von seinen
Angehörigen mit Erfolg betriebenen Gewerbes zu
setzen, eine Utopie ist, die in einem Reichthum
nimmermehr zur Ausführung gelangen kann. Wie
will man für die kolossalen Interessen, welche allein in
Bremen am Tabakhandel hängen, eine ausreichende
Entschädigung schaffen? Oder glaubt man die In-
teressenten damit abzufertigen, daß man ihnen sagt,
sie möchten doch gefälligst in irgend einer anderen
Waarengattung handeln? Es sollte uns in der
That nicht wundern, vergleichen zu vernehmen.
Zum Handel aber, zum wirklichen soliden, nicht
mit dem Haufe- und Baissenspiel zu verwechselnden
Waarenhandel gehören für jede besondere Waarengattung
besondere, schwer zu erwerbende Kennt-
nisse und Geschäftsverbindungen, gehört vor allen
Dingen ein Waarenmarkt, der sich an einem Orte
nicht willkürlich schaffen läßt, sondern sich langsam
im Laufe der Zeit durch besondere Verhältnisse
gemäß den geschichtlich entstandenen Eigentüm-
lichkeiten des Handelsbetriebes und der geogra-
phischen Lage jedes Handelsplatzes, daher auch
an jedem Plage verschieden herausgebildet Bremen
befindet sich im Besitze des größten Tabak-
marktes von Europa; verliert es den Tabakhandel,
so kann es nicht als Ersatz zu einer anderen
Waare greifen, etwa zum Kaffee, denn Hamburg
besitzt den Kaffeemarkt für Deutschland, und es ist
ganz unmöglich für Bremen, in diesem Artikel
mit seiner Nachbarstadt zu concurriren. Und
dasselbe ist der Fall mit allen übrigen Waaren.
Der Handel, für den Bremen sich eignet, wird
hier bereits gemacht; gewaltiam läßt sich derselbe
nicht auf andere Waaren ausdehnen; im Gegen-
theil hat Bremen in den letzten Jahren die größten
Verluste erlitten, um sich nur in dem Handel zu
behalten, den es sich mühevoll erzwungen hat.
Raubt man Bremen den wichtigste Zweig
seines Handels, so ist es nicht nur völlig außer
Stand, denselben auf andere Weise zu ersetzen,
sondern unsehbar verliert es auch noch die übrigen Ge-
schäftszweige, welche es mittelst seines selbstbegrün-
deten großen Tabakmarktes allmählich hieher gezogen
hat. Für solche Verluste Entschädigung zu leisten, ist
einfach unmöglich; sie Bremen ohne Entschädigung
aufzuerlegen, ist im deutschen Reiche hoffentlich gleicher-
maßen unmöglich. ... Nimmt man Bremen von
Deutsch wegen die Quelle seines Erwerbes, den Han-
del, so ruiniert man es, und es würde doch, abge-
sehen von der Frage von Recht und Gerechtigkeit,
vorab zu überlegen sein, ob das im Interesse des
deutschen Reiches liegt.“ Der Artikel schließt:
„Bremen ist nie vernichtet worden; auch jetzt verlangt
es keine Bevorgung. Es verlangt nur, daß eine von
der Wissenschaft längst verurtheilte, den Stempel
der Reaction an der Stirn tragende, gemeinschaft-
liche wirtschaftliche Politik nicht in blinder Hast
beschlossen werde, weil Steuerpolitiker, die nicht
über das nächste fiskalische Interesse hinauszusehen
im Stande sind, die kein Urtheil über den großen
Handel haben, für die der Berliner Cigaretten-
detaillist das Interesse des Tabakhandels verträgen-